

Statement Diakonie-Präsident Ulrich Lilie

PK #wärmewinter

27. September 12 bis 13 Uhr

Via Zoom: <https://ewde.zoom.us/j/64486891257?pwd=SjBQSnA0M3l5N29XcmIzbmljakRzZz09>

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Anette Kurschus,

ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer Pressekonferenz zum Start der gemeinsamen Aktion #wärmewinter von Diakonie und Kirche. Seit Monaten weist die Diakonie darauf hin, dass Menschen in der Grundsicherung, im Wohngeldbezug und Einkommensarme, Kinder, Rentnerinnen und Rentner mit geringen Einkommen angesichts steigender Energiepreise sofort mehr finanzielle Unterstützung benötigen. Dazu haben wir auch einen Vorschlag gemacht: Leistungsberechtigte sollen schnell und unbürokratisch zunächst für sechs Monate monatlich 100 Euro mehr bekommen - über eine vom Bundestag zu verabschiedende Notlagenregelung. Diese soll immer dann gelten, wenn der Bundestag eine soziale Notlage von nationaler Tragweite feststellt. Dies würde die ärmsten Haushalte weitestgehend entlasten, die nahezu zwei Drittel ihres Einkommens für Wohnen und Essen ausgeben müssen und keine Notgroschen auf der hohen Kante liegen haben.

Das 3. Entlastungspaket der Bundesregierung ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings reichen 50 Euro für Menschen in der Grundsicherung ab Januar nicht, um durch die Wintermonate zu kommen! Das Geld wird jetzt benötigt, und 50 Euro decken weniger als die Hälfte der gestiegenen Belastungen. Das gilt auch für das Kindergeld. 18 Euro Erhöhung ab Januar kommen zu spät und decken nur einen geringen Teil der Kostensteigerungen. Wegen der starken Inflation rutschen auch immer mehr Menschen und Familien finanziell ab, die sich bisher gerade so selbst über Wasser halten konnten. Auch ihnen muss schnell geholfen werden, damit nirgendwo die Heizung ausgeht.

In einer Krise diejenigen verlässlich und zielgenau zu unterstützen, die auf die Solidarität der Stärkeren angewiesen sind – das ist ein Kernversprechen des demokratischen Sozialstaats und eine Grundfeste einer solidarischen Gesellschaft, Und das werden wir gegenüber der Politik auch weiter einfordern.

Neben unseren politischen Forderungen wollen wir als Diakonie und Kirche aber auch konkret helfen. Darum wollen wir unter dem Kampagnenmotto **#wärmewinter** weitere Orte schaffen, an denen sich Betroffene Hilfe holen und sich informieren können: Wo kann ich mir Unterstützung holen, wenn das Geld nicht reicht? Wo kann ich mich professionell über staatliche Unterstützung beraten lassen? Wo finde ich Aufenthaltsmöglichkeiten, wenn die eigene Wohnung kalt bleibt? Gibt es Hilfen in der unmittelbaren Nachbarschaft? Von Diakonie, Kirche oder von anderen?

Aber es soll auch ganz praktische Angebote geben: wie eine warme Mahlzeit, Dusch- und Waschmöglichkeiten oder Gesprächsangebote, wenn man sich einsam oder allein fühlt. Solche Angebote gibt es schon lange und überall im Land. Zum Beispiel

die diakonischen Sozialberatungen, Schuldnerberatungen, Angebote der Stadtmissionen, der Tafeln und vieles mehr. Wir wollen diese Angebote mit #waermewinter noch sichtbarer machen: Jeder und jede soll wissen, wohin er oder sie sich wenden kann, wenn sich die eigene finanzielle Lage wegen Inflation und Energiepreiskrise zuspitzt. Und wir wollen Kirchengemeinden, kirchliche und nicht-kirchliche Initiativen, Vereine und Nachbarschaften und Einrichtungen der Diakonie ermutigen, weitere wärmende Orte zu schaffen und sich zu vernetzen. Buchstäblich ihre Türen zu öffnen für ihre Nachbarn, für diejenigen unter uns, die auf uns alle angewiesen sind, um gut durch den Winter zu kommen.

Mit dem #wärmewinter setzen wir ein Zeichen für Solidarität und Zusammenhalt: **Wir wollen niemanden allein lassen und der sozialen und realen Kälte Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit entgegensetzen!** Dafür stehen wir und wollen wir stehen, nicht alleine als Diakonie und Kirche, sondern im Bündnis mit vielen anderen Initiativen, Verbänden, Einrichtungen und Vereinen in unserem Land.

Wir haben unter www.waermewinter.de eine Kampagnenseite eingerichtet mit allen Infos rund um die Aktion. Hier können sich Kirchengemeinden und diakonische Einrichtungen Materialien herunterladen, um auf ihre Angebote aufmerksam zu machen. Wir sind fest davon überzeugt, dass zahlreiche weitere wärmenden Orte entstehen werden – von Aachen bis Zwickau, von Bochum bis Görlitz.

Ziel der Kampagne ist es aber auch, nicht nur physisch warme Orte zu schaffen. Menschen sollen in Kontakt kommen und starke Gemeinschaften bilden. Wir wollen helfen, dass sie ihre Rechte einfordern, seien es Kinderzuschlag, Wohngeld, ergänzende Grundsicherung oder andere staatliche Leistungen. Auch dazu gibt es Informationen auf waermewinter.de, weiterführende Links und bestehende Angebote von Diakonie und Kirche wie die Sozialberatungsstellen. Und nicht zuletzt setzen wir mit dem #wärmewinter auch Kräften etwas entgegen, die die aktuelle Energiekrise nutzen, um die Gesellschaft zu spalten. Damit ist auch Kreml-Machthaber Wladimir Putin gemeint, der den verbrecherischen Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöst hat und unsere Gesellschaft durch Erpressungen auf dem Gasmarkt spalten will

Zum Schluss: Wir hoffen sehr, dass der #wärmewinter in die Köpfe und Herzen derer dringt, die sich keine finanziellen Sorgen machen müssen und die steuerlichen Entlastungen der Regierung, wie die 300 Euro Energiepauschale, gar nicht benötigen. Darum appellieren wir an diese Menschen, das Geld an Ihre Mitmenschen weiterzugeben, die es dringender benötigen. Ich werde das selbstverständlich auch tun. Die Möglichkeiten sind vielfältig. Das kann eine Spende an eine soziale Einrichtung, Initiative, Verein oder auch eine direkte Unterstützung der Nachbarn sein.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

